



REPUBLIKA E KOSOVËS - РЕПУБЛИКА КОСОВО - REPUBLIC OF KOSOVO
GJYKATA KUSHTETUESE
УСТАВНИ СУД
CONSTITUTIONAL COURT

Prishtina, den 12. Oktober 2010

Referenz. Nr. DO 55/10

Gemeinsame abweichende Meinung

Richter Almiro Rodrigues und Richterin Snezhana Botusharova

Fall Nr.: KI 47/10

Gegen **Naim Rustemi und 31 anderen Abgeordneten vom Parlament der Republik von Kosovo**
Gegen

Seine Exzellenz, Fatmir Sejdiu, Präsident der Republik von Kosovo

Wir begrüßen das Urteil der Mehrheit des Verfassungsgerichts, aber sind unterschiedlicher Meinung, aus folgenden Gründen:

1. Förderfähigkeit des Antrags

Wir haben bereits darauf hingewiesen, dass in Bezug auf Fragen zu Macht, vor allem mit den Grenzen der Zuständigkeit des Gerichts sie umgehen können. Als solche sind sie durch das Gericht auf ihre Motivation untersucht¹. Die grundlegende Frage ist, was oder wer dafür zuständig ist, ein Problem zu schärfen oder gegen wen.

1.1 Bewilligte Partei

- Die Tatsache wird nicht bestritten, dass 32 Abgeordnete den Antrag an das Verfassungsgericht am 25. Juni 2010 unterzeichnet wurde. So enthielt die Anwendung mehr als die Mindestzahl von 30 Mitglieder der Versammlung, Artikel 9 in §113.6 der Verfassung definiert. Jedoch am 29 Juni 2010 kündigten drei stellvertretenden Vorsitzenden des Verfassungsgerichts, dass die Kläger die Unterschriften der Petition zurückgezogen haben. Zum gleichen Zeitpunkt am 29 Juni 2010 wurde dem Gericht mitgeteilt, dass der Präsident der Republik von Kosovo aufgefordert wurde, um seine Antwort über den Antrag zu präsentieren. Am 2 Juli

¹ Siehe, z.B. Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (REGM) *Blecic v Croatia*, No.59532/00, 8 März 2006, §67

2010 ein weiterer Stellvertreter zog seine Unterschrift zurück, währenddessen fügte ein anderer Gesetzgeber sein Unterschrift auf die Liste der Bewerber, auch am 5 Juli 2010 zog ein Abgeordneter sein Unterschrift zurück und am 9 Juli 2010 haben zwei weitere Abgeordneten ihre Unterschriften zurückgezogen. Deshalb enthielt die Liste zu diesem Zeitpunkt eine Reihe von Bewerbern aus 26 Abgeordneten, das heißt weniger als den gesetzlichen Zahl von 30 Abgeordneten.

Einer der absoluten und primären Kriterien für die Zulässigkeit des Antrags ist es, durch einen Bevollmächtigten vorgelegt werden, zum Beispiel von einem Bewerber, der das gesetzliche Recht eine Verfassungsbeschwerde des Verfassungsgerichts dabei hat. Dieses Kriterium ist in §113,1 der Verfassung, in dem es heißt definiert „das Verfassungsgerichts nur an das Gericht auf legale Weise durch autorisierte Parteien bezeichnet“.

3. Daher ist die Frage, ob die Kläger, Naim Rustemi und 31 weiteren Mitgliedern, die betrachtet werden können „bevollmächtigte Partei“ im Sinne, die in Abschnitt 113,1 der Verfassung festgelegt werden. In der Tat, gemäß §113.6 der Verfassung „Dreißig(30) oder mehrere Mitglieder der Verfassung von Kosovo sind berechtigt, wenn der Präsident der Republik von Kosovo schwere Verstöße gegen die Verfassung begangen hat.“
4. So auf den ersten Blick können 32 Abgeordnete als Bevollmächtigten gelten, legten Sie am 25 Juni 2010 vor. Jedoch ermächtigt eine solche Partei einen Antrag an das Verfassungsgericht, das Verfassungsgericht hat den Bedarf auf die Klärung der Datei und müssen verschiedene rechtliche Standards erfüllen: ist eine Gruppe von 30 Abgeordneten, das von einer oder einem gesetzlichen Vertreter durch die entsprechende Berechtigung und wird dort ein solches Kriterium in der Rechtsordnung vertreten, oder von ihnen ist es auf eine Person vertreten, bis die erforderliche Anzahl an 30²-Rückgang auftritt. Offensichtlich sind sie nicht als eine Gruppe die von einer von ihnen vertreten wird. In der Tat ist die Verfassung von Deutschland am deutlichen den Unterschied von Bewerber, die als Gruppe durch eine autorisierte Person zu unterscheiden werden, der Rückzug einiger Mitglieder durch Einzelpersonen hat keinen Einfluss auf die Rechtmäßigkeit der bevollmächtigten Partei zu vertreten oder zu handeln. Allerdings ist dies nicht der Fall über die konkreten Anwendung, weil es einen kollektiven Körper den Antrag zurückgezogen haben, aber es gibt eine Reihe von Individuellen die gemeinsam ihren Wunsch nachgehen, das Thema vor dem Verfassungsgerichtshof zu erheben und in Ausdruck gebracht haben.
5. Die zweite Frage lautet, wenn die Mindestteilnehmerzahl von 30 Abgeordneten nicht nur notwendig für eine Klage ist, sondern auch für die Dauer des Gerichts einhalten zu können bis zur endgültigen Entscheidung.
6. Die oben genannten Fragen sind sehr wichtig und erfordern eine Antwort, bevor Sie die Zulässigkeit in der Sache entscheiden. Wenn die Fragen ohne zu Antworten bleiben, bedeutet das eine autorisierte Partei ohne gesetzliche Grundlage bleibt,

² Siehe: Urteil des Bundesverfassungsgerichts von Deutschland in Fall des Organstreit, den 30 Juni 2009, § 169 und in Folgenden

obwohl die Zahl der Abgeordneten unter dem Minimum reduziert wurde, wird durch die Verfassung festgelegt.

8. In seiner Erwiderung argumentiert der Resident der Republik über den Rückzug von Unterschriften einiger Abgeordneten aus der Anforderung, die Reduktion der Zahl der Unterstützer der unter der Nummer 30(dreißig) geführt wird, das bedeutet, dass die Gruppe nicht als Berechtigter anzusehen ist, wie in der Definition von Abschnitt 113,6 der Verfassung ist.
9. Allerdings schloss die Mehrheit, dass zu diesem Zeitpunkt, in dem der Antrag eingereicht wurde, als der Gerichtshof in dem Verfahren war, stellte Sie eine gültige Anfrage. Der Gerichtshof hat anlässlich während des Verfahrens von diesem Zeitpunkt an und hielt diese bis zu Urteilsverkündung fest. Deshalb entschied die Mehrheit, dass die Anwendung akzeptabel ist.
10. Wir stimmen mit der Mehrheit nicht überein, denn im Gegensatz zu den verfahrensrechtlichen Grundsatz der Rechtssicherheit, Stabilität und einheitliches Erscheinungsbild im Laufe des Verfahrens. Diese Prinzip besagt, dass diese Frage „nachhaltig“ in Bezug auf Personen ist, die Petition und die Gründe für die Petition ist der Ankündigung des Falles an die gegnerische Partei bis zur beendeten Entscheidung.³Daher ist der gleiche Antragsteller benötigt, bis zum Ende des Verfahrens zu bleiben.(anwesend /teilnehmen)
11. Deshalb sehen wir, dass es keine autorisierten Partei, wenn das Urteil erging. Weil, absolute und grundsätzliche Erfordernis einer gültigen Klage vor dem Verfassungsgericht nicht erfüllt ist, dann wird der Antrag nicht akzeptabel.

1.2.Fristen

12. Auch ist es unbestritten, dass zu diesem Zeitpunkt, in der die Antragsteller früher angewandt wurden, sie behaupten, dass während der Kommunalwahlen des 17 November 2009, der Präsident der Republik hat schwere Verstöße gegen die Verfassung verpflichtet, er hielt weiterhin den Posten des Vorsitzenden des LDK, so handelte es im Widerspruch zur Verfassung der Republik von Kosovo. Die Bewerber klagten vor Gericht, dass die behauptete Verletzung bekannt wurde, um sie bei der Kommunalwahlen zu Registrieren, die am 17 November 2009 abgehalten wurden..

13. Gemäß Artikel 45 des Gesetzes über das Verfassungsgericht, sollte die Anwendung innerhalb von dreißig (30) Tagen ab den Zeitpunkt der behaupteten Verletzung der Verfassung durch den Präsident die veröffentlicht vorgelegt wurde.

14. Die meisten sind der Ansicht, dass die Frist von 30 Tagen (...) darzulegen, der Verfassungsgericht enthielt schwerer Verletzungen, diese Verletzungen der Verfassung passieren „einmal“ oder sind Verletzungen die immer wieder geschehen, die derzeit schon unterbrochen sind. Die Frist (Zeit) kann nicht eingehalten werden, wegen der schwere Verletzung die weiterhin gelten.

³ Siehe Lewis v. Continental Bank Corp, U.S.472,477-78/1990/, zitiert von Präsident in Zusammenhang mit seinem Antrag.

15. Wir stimmen diesen Behauptung nicht zu.

16. In der Tat ist das zweite Kriterium, dass der Antrag akzeptiert und die Anforderung erfüllt wird, um den Fristen der von Gesetz eingerechnet wurde einzuhalten. Ähnliche Kriterien gibt es in den Verfahren des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGM).

17. In seiner Rechtsprechung der EGM erklärte, dass das Kriterium der ratio legis Beschwerden innerhalb von sechs Monaten ab dem Datum abschließende interne Entscheidung einzureichen („die so genannten Sechs-Monats-Regel“), die besagt, dass Sechs Monate-Regel“, zielt um sicherzustellen, dass die Fälle, die Probleme im Rahmen des Übereinkommens zu erhöhen, sie werden innerhalb einer angemessenen Frist eingehalten und bleiben bestehen, um die Entscheidungen der Vergangenheit nicht zu bestehen.⁴ Er betont die vorübergehende Einschränkungen, dass die Überwachung durchführt und EGM weist auf eine Zeit nach der die Parteien dieses Versehen nicht mehr möglich ist.⁵ Der Zweck dieser Regel ist, gleichzeitig zu stoppen den Behörden und anderen interessierten Personen, nicht in den Zustand der Unsicherheit für eine lange Zeit gehalten werden⁶. Schließlich erklärte der EGM, dass diese Regel erstellt wurde, um die Fakten des Falles zu finden, sonst im Laufe der Zeit wäre es noch schwieriger die Prüfung des Falles als Ergebnis wäre problematisch zu untersuchen.

18. Durch die Anwendung der Rechtsprechung des EGM, die sinngemäß in diesem Fall „Antrag innerhalb einer Frist von dreißig (30) Tagen ab dem Datum eingereicht werden muss, dass die angebliche Verletzung des Präsidenten öffentlich wird“, nach Artikel 45 des Gesetzes über dem Verfassungsgericht. Kläger machen geltend, dass die Tatsache, dass der Präsident der Republik zwei Positionen als Präsident und als Vorsitzender der DLK (Demokratische Liga des Kosovo) hielt, wurde bei der Registrierung für die Kommunalwahlen bekannt, die am 17. November 2009 gehalten wurden. Erkenntnis, dass als die Antragsteller, dass der Präsident ab diesem Tag gegen die Verfassung verstoß, dann ist es außerhalb der Bewerbungsfrist und muss als inakzeptabel abgelehnt werden. Die Antragsteller müssen den Antrag an das Verfassungsgericht vor 17. Dezember 2009 einreichen. Dieser Tag wird der letzte Tag der 30-tägigen Frist, die auf den Tag der Abhaltung der Kommunalwahlen, die den Zeitpunkt der behaupteten Verletzung der Verfassung der Präsident öffentlich gemacht wird.

19. In gleicher Weise enthielt das Gesetz des Bundesverfassungsgerichts in Deutschland⁷ eine ähnliche Bestimmung, die Land- Bundespräsident hält. Der Artikel 50 sieht vor, dass „die Berufung kann nur innerhalb von drei Monaten die

⁴ Siehe: *Finucane v. The United Kingdom* (dec) No 29178/95, 2. Juli 2002; *X v. France*, No 958782, die Kommissionentscheidung am 31. Dezember 1982, Entscheidungen und Berichte (DR) 29, p. 235.

⁵ Siehe: *K. v. Ireland*, EVHR-(GEM) No. 104116/83, 17. Mai 1984.

⁶ *Alzery v. Sweden*, No. 10786/04, 26. Dezember 2004.

⁷ Bundesverfassungsgesichts –Gesetz, BverfGG, Federal Law Gazette I p. 243, kürzlich mit dem Akt 16. Juli 1998/ Federal Law Gazette I, Seite 1823 geändert. Siehe, z. B., *Ulke v. Türkei*, N 3947/98, 24. Januar 2006

Umstände, unter denen sie beruht wird, durch die Justizorgane auf die Belastungen bekannt wurde“.

20. Daher müssen diese Fristen strikt ausgelegt und durchgesetzt in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Normen werden .

21. In der Tat ist es schwer zu verstehen, warum“das Konzept der anhaltende Situation“ wäre in diesem Fall anwendbar. Dieses Konzept beschäftigt sich mit Situationen, die konstant sind aufgrund des Fehlens eines wirksamen internen Mittels, die ihnen ein Ende zu setzen kann oder weil die vorhandenen Mittels nicht wirksam sind . So gilt der EGM das Konzept der kontinuierlichen Situation nur dann, wenn die angebliche Verletzung der Form von staatlichen Angelegenheiten ,einer bestimmten Handlung oder Entscheidung nimmt , und wenn es kein Mittel zur Gesetz gegen sie zu erleichtern. Daher beginnt ein sechsmonatigen Frist erst am Ende dieser Situation.

22. Das Konzept der ständigen Verletzung hat eine lange Geschichte der gesetzlichen Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, seit dem ersten Fall von De Becker (1958), vorbei an der Loizidou v. Türkei (1996), Zypern v. Türkei (2001) und I/ASCU und andere gegen Moldawien und Russland (2004), bis in die jüngste Entscheidung der Großen Kammer in Varna va v. Türkei(2009).

23. Es scheint klar , dass der Wunsch des Gesetzgeber , wenn es das Gesetz genehmigt wird, am Verfassungsgericht der Republik von Kosovo durch 16 Dezember 2008 war, dass die Beschwerde wegen angeblicher Verletzung der Verfassung durch den Präsident innerhalb von 30 Tagen erfolgen wird. Dieser Begriff ist klar und nicht verhandelbar bzw., jeweils ab dem Tag an dem angeblichen Verstoß gegen die Verfassung dem Präsident öffentlich gemacht wird. Dieser Tag ist klar bestimmte Punkte an der Zeit des Ergebnisses.

24. Wir denken , dass die angegebene First von 30 Tagen vorgesehen ist, um die Stabilität in die Institutionen des Landes zu bewahren, zur Schaffung Disziplin in der Ausübung dieses Rechts und Gehen der Funktionsweise der verschiedenen Verfassungsorgane und Gewährleistung einer wirksamen Kontrolle innerhalb der verfassungsmäßigen Ordnung.

25. Deshalb, wenn der Berechtigte Anwendung dieses Mittels aus welchem Grund macht, kann davon ausgegangen werden, dass sie entweder nicht der Ansicht, dass es ernsthafte Verletzungen, oder dass die nicht wollen , aus einem anderen Grund zu gehen. Allerdings hat die Zeit, um eine schwere Verletzung des Präsidenten Herausforderung bestanden.

26. Niemand konnte vermuten, dass obwohl Abgeordneten nicht innerhalb der Frist geantwortet haben, wie vom Gesetz vorgesehen, wenn sie der Auffassung, dass der Präsident schwere Verstöße gegen die Verfassung begangen hat. Die Tatsache, dass er Präsident der Republik und gleichzeitig auch Parteivorsitzender von der demokratischen Liga des Kosovos war, wurde ihre Behauptung ab 17 November 2009 bewusst. Darüber hinaus bitten wir sie , sie erklären nicht, warum sie der Auffassung, dass die 30-Tage Frist in Artikel des Gesetzes festgelegt, von der Versammlung am 16. Dezember 2008 genehmigt wird, sollte nicht von ihnen respektiert zu werden, oder

warum der Begriff Grenze kann wegen der Existenz einer anhaltenden Situation überwunden werden.

27. Zusammenfassend glauben wir , dass nach europäischen Standards, es ist keine Frage, dass die aktuelle Situation in diesem Fall, weil es ein erleichtern Mittels , so keine bleibende Verletzung der Verfassung durch den Präsident hat. So auf die Fakten in dieser Angelegenheit und die gesetzlichen Kriterien für die Zulässigkeit Basis folgern wir , dass diese Anfrage nicht akzeptabel ist. Darüber hinaus sind diese Kriterien absolute Bedingungen und Inkompatibilitäten mit diesen Kriterien westlich auf die Haltbarkeit des Problems.

1.3 Die Anwendung ist nicht gerechtfertigt

28. Kosovo-Versammlung Abgeordneten , die der Antrag unterzeichnet, behaupten sie , dass der Präsident weiterhin einen schweren Verstoß gegen Artikel 88,2 der Verfassung getan hat und dass sie die Aufgaben des Präsidenten und eine politische Partei-Funktion nicht verbietet.

29. Abgeordnete, die das Problem vor dem Gericht vorgelegt haben , kommt zu dem Schluss, dass nicht nur ab 17 November 2009, aber seit 9 Oktober 2007 die DLK Partei hat als Präsident der Partei Herrn Fatmir Sejdiu, der Präsident der Republik von Kosovo. Sie gehen davon aus , dass diese Situation eine schwerwiegende Verletzung der Verfassung darstellt. Allerdings gibt es keine Grundlage vorgestellt wurden , die sie zu dem Schluss, dass „ *der Präsident der Republik von Kosovo schwere Verstoß gegen die Verfassung verpflichtet werden*⁸ .

30. Die Anforderungen müssen begründet werden und müssen durch belege und Informationen begleitet werden, während „ *Die Anforderung muss einer formellen und materiellen Rechtfertigung und Hintergrundinformationen zu den Referat und Dokumentationen enthalten*“⁹.

31. Darüber hinaus sind nach ständiger Rechtsprechung des EGM, die man nicht trug die anfängliche Belastung zu einer angemessenen und überzeugenden Beweise für die behauptete Verletzung Unterstützung zu präsentieren¹⁰. Wenn ein Antragsteller geltend, nicht rechtfertigen kann seine /ihre EGM erklärt einem Fall für unzulässig als unbegründet zurück.

32. Ebenso stellt die jüngste Rechtsprechung des Gerichtshof Beispiele für Anwendungen, bei denen der Gerichtshof entschieden, dass die Antragsteller ihre Ansprüche aus Verletzung der Verfassung rechtfertigen müssen , um sein erklärte die Beschwerde für Zulässigkeit.¹¹

33. Darüber hinaus aus Gründen der Gerechtigkeit und Gleichheit der Waffen, hatte die Argumente die gegnerischen Partei, der Präsident der Republik von Kosovo die

⁸ Artikel 113.6 der Verfassung.

⁹ Artikel 22.1 der Verfassung

¹⁰ Artikel 29(1)(f) und (g) des Arbeitsrechts des Verfassungsgerichts.

¹¹ Siehe: z.B. *mutatis mutandis*, *Ocic v Croatia*, Nr. 46306/99, 1999 ; *Halford v UK*, Nr 20605/92, 25 Juni 1997.

Antragsteller zur Stellungnahme übermittelt worden, oder sogar mehr, sollte bei einer öffentlichen Anhörung erörtert worden sein. Weil dies nicht geschah, hat das Gericht von Amts des Präsidenten auf die Haltung jeder Bewerber geachtet, damit gab das Gericht ihnen keine Gelegenheit um eine Beteiligung zu den Antworten des Präsidenten.

34. In diesen Zusammenhang möchten wir auf Artikel 55 (Einberufung des Bundespräsidenten) des deutschen Gesetzes¹² über den Verfassungsgerichtshof beziehen, oben zitiert die deutlich, es zeigt, dass die Vorlage von Beweisen ein wesentlicher Bestandteil des Verfahrens Anklage vor dem deutschen Bundesverfassungsgericht.

35. Auf der anderen Seite, die Argumente der Mehrheit in Bezug auf die Rolle der politischen Parteien und der Präsident und der politische Einfluss eines aktiven Präsidenten, im Namen seiner Partei sind meist genau, wenn im allgemeinen oder im Prinzip berücksichtigt. Aber in der gleichen Zeile Gespräch könnte man spekulieren, dass auch nach Rücktritt des Präsidenten aus dem Amt voller Partei oder sogar von der Parteizugehörigkeit, er besiegt wird und wird auch weiterhin gemeinsam mit der gleichen Partei und Politik, obwohl es könnte mehr aktiv in der Partei durch die nicht im Besitz einer Partei nach.

36. Die Verfassung verbietet dem Präsidenten der Republik durch „die Ausübung einer Funktion von einer Partei zu positionieren“. Was waren die konkreten Handlungen, Verhaltensweisen oder Schäden zu rechtfertigen und zu bestätigen, die behauptete Verletzung der gegnerischen Partei? Die Antragsteller sollten die Möglichkeit gegeben haben, um zu reagieren, wenn sie wollten. Wie kann man einer Position der Früher anderes genannt werden als eine Übung in einer politischen Partei Funktion, obwohl nach der Meinung dem Präsident „Erfriert“ ist.

37. Außerdem ist eine verfassungskonforme Ausgang von Artikel 88,2 der Verfassung ein Zitat wert vor allem in Bezug auf die Worte in Artikel 9.2.7 des verfassungsrechtlichen Rahmens für die vorläufige Selbstverwaltung im Kosovo eingesetzt wird, hat die Gila zu angewandt dem Inkrafttreten der bestehenden Verfassung. Diese Bestimmung sieht vor: „Der Präsident des Kosovo wird kein anderer Post oder Beruf“.

38. Natürlich wirft die Formulierung der Worte für die Basis der Unvereinbarkeit verwendet, eine verfassungsrechtliche Frage, die Verhandlung und Interpretation verdient.

¹² Artikel 55(1) Bundesverfassungsgericht wird auf der Grundlage der mündlichen Verhandlung zu entscheiden. (2) Bundespräsident wird in mündliche Prozedur einberufen. In der Vorladung hat er mitgeteilt, dass das Verfahren in seiner Abwesenheit gehalten wird, wenn er ohne Angabe von Gründen und ohne die Erlaubnis für einen angemessenen Grund ausbleibt. (3) Während des Verfahren, der Vertreter, dessen Anwendung wurde besprochen laut Anklage vor Amtsenthebung zu stellen. (4) Danach hat der Bundespräsident die Möglichkeit, eine Aussage über die Frage vor Gericht zu geben. (5) Dann werden die Belege vorgelegt. (6) Am Ende des Verfahrens wird der Vertreter, die für die Einleitung eines Verfahrens ist, präsentierten ihre Berechtigung und wird als Bundespräsident unterzeichnet und präsentiert verteidigende Argumente.

39. Deshalb mit Bedauern haben wir Schwierigkeit mit der Denkweise, dass ein Teil der Begründung des Urteils gegeben wird.

40. Wir schließen daraus, dass der Antrag nicht gerechtfertigt und sollte ausgeprägt unzulässig, da offensichtlich unbegründet zurück zuweisen.

2. Die Verwendung von Vorarbeiten (vorbereitende Arbeiten)

41. Dieses Problem wirft viele Fragen auf, die in Rücksprache mit dem travaux preparatoires (Vorarbeiten) auf die Ausarbeitung der Verfassung und dem Gesetz über Verfassungsgerichtshof geklärt werden sollte. Wir haben mehr für diese Dokumente gefordert, aber ohne Erfolg. Wir betrachten es, dass wie in all den Praktiken vieler Länder, insbesondere die travaux preparatoires Beratung wäre sehr nützlich für die Interpretation der Verfassung und des Gesetzes. Obwohl dieses Prinzip als erklärende erklärt wird, ist das Völkerrecht international. Über die Verwendung von Gesetzesmaterialien zum Ausdruck, auch in der Rechtsprechung des 16. die EMRK, in dem Straßburger Gerichtshof erklärt¹³, dass die Artikel 31-33 der Wiener Konvention über das Recht der Verträge vom 23. Mai 1969, so die Interpretation der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte regieren. Das Prinzip der Gesetzesmaterialien werden verwendet, um zur Lösung einem Mehrdeutigkeit in Text werden, bestätigen die Bedeutung von Attribut mit anderen Regeln gegeben oder eine Absurdität zu vermeiden.

42. Leider auch als ausdrücklichen Wunsch, wurde diese sehr wichtiges Dokument nicht zu unsere Verfügung gestellt.

3. Anschluss

43. Aus den genannten Gründen, wir sind nicht mit der Mehrheit der Schlussfolgerung einverstanden, die keine Verletzung der Verfassung findet und in Bezug auf den heutigen Stand unserer abweichenden Meinung.

Prishtina, den 10 Oktober 2010

Der Richter Almiro Rodrigues

Die Richterin Snezhana Botusharova

¹³ Siehe: Bankovic and others v Belgium and 16 other contracting States, Nr. 52207/99, 12 Dezember 2001, GC/2007/, § 35/.
Golber v UK/N 4451/70, 21 Februar 1975, § 29